

Expertenanhörung der Grünen im Landtag. - Im Thema Sondermüll fand gestern ohne Mitarbeiter des Umweltbundesamtes statt

Benötigt werden „Parkhäuser“ für Sonderabfall

Hannover (nk). Zwei Mitarbeiter des Umweltbundesamtes Berlin hatten ihre Bereitschaft zur Teilnahme frühzeitig signalisiert, durften dann aber doch nicht am Expertenhearing der Grünen-Landtagsfraktion zum Thema Giftmülldeponierung teilnehmen. Sie wurden, so die Veranstalter, auf Druck des Umweltministeriums Hannover kurzfristig „zurückgepfiffen“, so daß die Anhörung am Donnerstag im Landtag ohne sie stattfinden mußte. Neben einer Auflistung der gesetzlichen Möglichkeiten zur Minimierung des Giftmüllanfalls stieß besonders der Einsatz von Betonbauwerken zur Giftmülllagerung auf kritisches Interesse bei den Teilnehmern - neben Mitgliedern von Bürgerinitiativen vor allem Vertreter von Behörden und Kommunen. Dr. Michael Braungart von Greenpeace stellte erneut sein Konzept einer reinen Zwischenlagerung als einzig denkbare für die nächsten 15 oder 20 Jahre vor.

„Alternativen zur Giftmülldeponierung in Tongruben (Minimierung, Lagerung in Bauwerken)“ war die Anhörung überschrieben, der nach Worten des Grünen-Landtagsabgeordneten Hans Mönninghoff weitere Hearings folgen sollen. Mönninghoff begründete die Eigeninitiative der Grünen damit, daß ein Entschließungsantrag für ein öffentliches Expertenhearing Sondermüllentsorgung - ähnlich dem Gorleben-Hearing 1979 - noch immer in den Ausschüssen „schmore“.

„Druck gemacht“

Der Grünen-Abgeordnete bedauerte, daß zwei Mitarbeiter des Umweltbundesamtes, die sich mit dem Thema Minimierung der Giftmüllmengen auseinandersetzen wollten, nicht kommen durften. Nachdem das Bundesamt zunächst noch zwei andere Mitarbeiter als die ursprünglich geladenen schicken wollte, sei vor einigen Tagen die endgültige Absage gekommen. Begründung: Die Durchführung der Abfallbeseitigung sei Ländersache, deshalb könne das Bundesamt nicht teilnehmen. Mönninghoff sprach von Hinweisen, daß das Niedersächsische Umweltministerium „Druck“ beim Umweltminister in Bonn gemacht habe mit dem Ziel, keine Mitarbeiter aus Berlin nach Hannover zu entsenden. Vertreter der Berliner Behörde hätten ihm gegenüber gesagt, daß so etwas bislang im Umweltbundesamt noch nicht vorgekommen sei.

Kurzfristig als Ersatz eingesprungen war Christian Schrader von der Universität Göttingen, der sich mit dem Thema Minimierung der Giftmüllmengen durch Gesetze und Verordnungen befaßte. Anknüpfend an Abfall-, Chemikalien-, Pflanzenschutz- und Arzneimittelgesetz sowie an das Bundes-Immissionschutzgesetz machte er deutlich, daß es eine Reihe von gesetzlichen Möglichkeiten zum Eingriff gebe, daß es nun aber gelte, sie auch entsprechend zu nutzen und anzuwenden. Mit Blick auf die für die Überwachung zuständigen Gewerbeaufsichtsämter meinte Schrader, diese Behörde sei bislang immer auf Immissions- und Arbeitsschutz ausgerichtet gewesen, habe aber kaum Fachkompetenz für die Abfallwirtschaft. Mönninghoff stellte in diesem Zusammenhang klar, daß von den 40 neuen Stellen, die kürzlich für die Erzeugerüberwachung geschaffen worden seien, tatsächlich nur 20 Planstellen zu zählen seien. Beim Rest handele es sich um reine Ausbildungsplätze.

„Freiwillig keiner“

Die meisten kritischen Nachfragen aus den Reihen der Hearingteilnehmer provozierte der Vortrag von Dr. Ulrich Beckmann, Mitarbeiter eines Ingenieurbüros, das sich mit dem Bau riesiger überdachter Tiefbehälter aus Beton zur Einlagerung von Sondermüll befaßt. Beckmann betonte mehrfach, man könne für kein technisches Bauwerk die Garantie übernehmen, daß es ewig halte. Insofern sei die Entscheidung Endlager oder Zwischenlager mehr eine Definitionssache. Beckmann meinte mit Blick auf die Betontöpfe, daß die „Unzulänglichkeiten der Geologie durch zusätzliche technische Maßnahmen ergänzt“ würden und zeigte sich überzeugt, daß Gesetze und „Druck von oben“ notwendig seien, um zu einer Erhöhung des Sicherheitsstandards von Deponien zu kommen: „Freiwillig macht sowas kein Kundel“ machte Beckmann mit Blick auf die zusätzlichen Kosten solcher aufwendiger Bauwerke deutlich.

Den unter dem Schlagwort „Mehrfachbarriere“ laufenden Einsatz von zusätzlichen Betonsicherungen bei Einlagerung in Tonformationen wertete Greenpeace-Chemiker Dr. Michael Braungart als „Beweis dafür, daß das Barriersystem und damit die Einlagerung in Ton versagt hat“. Braungart vertrat die Ansicht, daß man zur Zeit einfach noch nicht in der Lage sei, giftige Chemikalien auf Dauer umweltneutral abzulagern: „Da hilft auch kein persönliches Versprechen eines Ministers!“ Deshalb könne das Konzept für die nächsten 15 bis 20 Jahre nur „Zwischenlagerung“ lauten. Benötigt würden „Parkhäuser“ für Sonderabfälle, bei denen die Verantwortung für die eingelagerten Stoffe bei den Verursachern verbleibt. Die Devise kann nach Braungarts Worten nur lauten: „Weg von der Endlagerung und hin zur rückholbaren Zwischenlagerung.“ Und sie müsse solange gelten, bis das Defizit bei Vermeidung und Wiederverwertung der Stoffe aufgeholt sei.

pressemitteilung der gruenen im niedersaechsischen landtag
vom 30.3.87

nr. 81/87

gruene sagen widerstand gegen giftmuell-kaverne unterstuetzung zu

in einer gemeinsamen presseerklaerung der bundestags- und der niedersaechsischen landtagsfraktion der gruenen lehnen diese die errichtung von giftmuellkaevernen in den salzstoecken bei bunde, jemgum oder etzel in ostfriesland entschieden ab.

sie bieten den oertlichen buergerinitiativen ihre volle unterstuetzung bei ihrem widerstand gegen den kavernenbau an.

nach aussage der bundestagsabgeordneten charlotte garbe und des landtagsabgeordneten hans moenninghoff ist die benennung der drei salzstoেকে ueberstuerzt und unausgereift.

sie mache das vom umweltministerium fuer mai '87 geplante giftmuell-hearing zur farce. noch vor wenigen monaten haetten die zustaeendigen behoerden erheblichen forschungsbedarf gesehen, um zu klaeren, welche stoffe in welchen formationen sinnvoll, d.h. absolut umweltneutral, gelagert werden koennten.

die jetzt vorliegende benennung der standorte sei nur durch die sachfremde zusage des bundes zu verstehen, der den kavernenbau massiv finanziell unterstuetzen will.

auch wenn noch raumordnungs- und planfeststellungsverfahren durchzufuehren seien, sei die entscheidung ueber die dimensionierung der anlage auf eine kapazitaet von insgesamt 4,75 millionen kubikmeter bei einer voraussichtlichen betriebsdauer von 30 jahren bereits gefallen.

hier handele es sich nicht um eine pilotanlage, durch das angebot von deponieraum fuer einen solchen zeitraum wuerden hingegen alle bemuehungen um die verringerung des giftmuell-aufkommens hintertrieben.

die gruenen werden nach aussage von garbe und moenninghoff alle standortentscheidungen fuer neue giftmuell-deponien solange bekampfen, bis sowohl die bundes- als auch die landesregierung entsprechende anstrengungen fuer eine drastisch veraenderte chemie- und giftmuell-politik unternommen haetten.

da kein schluessiges gesamtkonzept fuer eine giftmuell-bewirtschaftung vorliege, bei dem die vermeidung und minimierung oberste prioritaet habe, fuehre der bau neuer deponieraume nur zur ungehemmten weiterproduktion von sondermuell.

da mit dem kavernenbau auch die erreichtung einer umfangreichen konditionierungsanlage an dem standort verbunden sein soll, befuerchten die gruenen umweltauswirkungen auch durch emissionen und stoerfaelle in dieser anlage. an den beiden waehrscheinlichsten standorten jemgum und bunde fuehre darueberhinaus die einleitung von mindestens 100000 kubikmetern salzsole jaehrlich in den empfindlichen brackwasserbereich des dollarts zu einer weiteren gefaehrung dieses international geschuetzten gebietes.

hm/jp+++

gvvfe